

INHALTSÜBERSICHT

Literaturverzeichnis.....	XIX
Abkürzungsverzeichnis	LIII
Judikaturverzeichnis.....	LXI
A. EINFÜHRUNG.....	1
I. Die Herausforderung der Integration im Einwanderungsland Schweiz.....	1
II. Problemaufriss, Fragestellungen und Inhalt der Arbeit.....	3
III. Aufbau der Arbeit	5
B. BEGRIFF UND FUNKTION DER INTEGRATION IM MIGRATIONSRECHT	7
I. Die Einwanderungs- und Integrationspolitik der Schweiz im historischen Abriss.....	7
II. Die Bedeutung der Integration.....	26
III. Der Integrationsbegriff im geltenden Recht	45
IV. Das Prinzip „Fördern und Fordern“	67
C. DAS ERFORDERNIS DER INTEGRATION IM AUSLÄNDER- RECHTLICHEN BEWILLIGUNGSVERFAHREN.....	145
I. Ausländerrechtliche Bewilligungsarten.....	145
II. Auswirkungen des dualen Zulassungssystems	149
III. Zulassung von (erwerbstätigen) Ausländern sowie Erteilung und Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung	153
IV. Erteilung der Niederlassungsbewilligung.....	162
V. Zulassung im Rahmen des Familiennachzugs.....	171
VI. Zulassung im Rahmen eines Härtefalls	202
VII. Zulassung von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen	210
VIII. Beendigung des Aufenthalts	216
D. DAS ERFORDERNIS DER INTEGRATION IM EINBÜRGERUNGSVERFAHREN	239
I. Die Einbürgerungsarten	239
II. Formelle und materielle Einbürgerungsvoraussetzungen und Auslegung der Kriterien	244
E. GRENZEN VON BEWILLIGUNGS- UND EINBÜRGERUNGSENTSCHEIDEN UND VERGLEICH DER INTEGRATIONSANFORDERUNGEN.....	277
I. Die Rechtmässigkeit des Bewilligungswiderrufs oder der Nichtverlängerung	277
II. Die Rechtmässigkeit des Nichteinbürgerungsentscheids	306

INHALTSÜBERSICHT

III.	Der Rechtsschutz bei Bewilligungs- und Einbürgerungsentscheiden.....	316
IV.	Vergleich der Integrationsanforderungen.....	325
F.	SCHLUSSFOLGERUNGEN UND AUSBLICK	334
I.	Schlussfolgerungen.....	334
II.	Ausblick.....	337
III.	Gesamtwürdigung.....	340
Anhang		343
Unterschiedliche Rechte im Inland gemäss FZA und AuG		343
Musterbeispiel einer Integrationsvereinbarung.....		345
Die Integrationsvereinbarung: Handlungsform – Freiwilligkeit – Rechtsfolgen.....		348
GER: Raster zur Selbstbeurteilung.....		349

INHALTSVERZEICHNIS

Literaturverzeichnis.....	XIX
Abkürzungsverzeichnis	LIII
Judikaturverzeichnis	LXI
A. EINFÜHRUNG.....	1
I. Die Herausforderung der Integration im Einwanderungsland Schweiz .	1
II. Problemaufriss, Fragestellungen und Inhalt der Arbeit	3
III. Aufbau der Arbeit.....	5
B. BEGRIFF UND FUNKTION DER INTEGRATION IM	
MIGRATIONSRECHT	7
I. Die Einwanderungs- und Integrationspolitik der Schweiz im	
historischen Abriss	7
1. Die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg – Einwanderungswelle in ein	
liberales Regime	7
2. Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg – Ende des liberalen	
Ausländerrechts und Beginn des Überfremdungsdiskurses.....	9
3. Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg – Rotationspolitik	10
4. Die 1960er-Jahre – Plafonierungspolitik und Überfremdungsangst.....	11
5. Die Zeit ab 1970 – Erste Schritte in Richtung Integrationspolitik.....	13
6. Vom Drei-Kreise-Modell von 1990 zum heute geltenden dualen	
Zulassungssystem des schweizerischen Migrationsrechts.....	15
7. Politische Entwicklungstendenzen der Migrationsabwehr im neuen	
Jahrhundert: Von der Minarett- über die Ausschaffungsinitiative bis	
hin zur Initiative „Gegen Masseneinwanderung“	17
8. Exkurs: Integration im Religionskonflikt – Die Integrationsdebatte im	
Fokus des Islams	19
II. Die Bedeutung der Integration	26
1. Die verschiedenen Ebenen der Integration und Abgrenzung zum	
Assimilationsbegriff.....	27
a. Der gesamtgesellschaftliche Integrationsprozess	27
b. Der individuelle Integrationsprozess	28
c. Integration versus Assimilation – Integration und Bewahrung der	
eigenen kulturellen Identität	28
2. Integration als Realisierung von Partizipation und Chancengleichheit ..	31
a. Willkommenskultur und Zugehörigkeit statt Ausgrenzung und	
Diskriminierung.....	32
b. Rechtliche Rahmenbedingungen zur Realisierung der	
Chancengleichheit	33
aa. Der Ausländer als Grundrechtsträger	33

bb. Hauptsächlich: Das Gebot der Rechtsgleichheit und das Verbot der Diskriminierung	34
c. Teilhabe durch politische Partizipation?	38
aa. Definition und gesetzliche Grundlagen	38
bb. Bedeutung der politischen Partizipation für die Integration.....	40
d. Ein Recht auf Inklusion?	42
e. Fazit	42
III. Der Integrationsbegriff im geltenden Recht.....	45
1. Integrationsbestimmungen im Völkerrecht – Minderheitenschutz.....	45
2. Integrationsbestimmungen im Landesrecht	47
a. Schweizerische Bundesverfassung	47
b. Bundesgesetz über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts.....	48
c. Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer.....	49
aa. Der Integrationsartikel.....	49
bb. Andere Bestimmungen mit Bezug zur Integration	52
d. Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern	53
aa. Der Integrationsartikel.....	53
bb. Andere Bestimmungen mit Bezug zur Integration	54
e. Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit.....	55
f. Im Besonderen: Gesetz und Verordnung des Kantons Basel-Stadt über die Integration der Migrationsbevölkerung	56
3. Fazit: Der unbestimmte Rechtsbegriff der Integration als Chance und Risiko	58
4. Teilrevision des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer	59
a. Entwicklung.....	59
b. Inhalt der Revisionsvorlage	61
aa. Erweiterung der Integrationsförderung im Gesetz	61
bb. Verstärkte Verankerung von Integrationserfordernissen.....	63
cc. Beitrag der Arbeitgeber zur Integration	64
c. Kein eigenständiges Integrationsgesetz auf Bundesebene	65
IV. Das Prinzip „Fördern und Fordern“	67
1. Persönlicher Geltungsbereich der Förderungs- und Forderungsbestimmungen.....	67
2. Behördliche Verpflichtungen zur Förderung der Integration	68
a. Integrationsförderung als Aufgabe des Staates.....	68
aa. Integrationsförderung des Bundes	70
bb. Integrationsförderung der Kantone und Gemeinden	71
cc. Verbesserung der Integrationsförderung in den bestehenden Strukturen durch Revision des AuG.....	73
b. Der Informationsauftrag der Behörden.....	74
aa. Rechtliche Grundlagen und Inhalt des Informationsauftrags	74

bb. Das Instrument der individuellen Begrüssungsgespräche.....	75
(1) Umsetzung.....	76
(2) Zielsetzung? – Willkommenheissen versus Prognostizieren von Integrationsdefiziten.....	78
cc. Im Besonderen: Projekt „Welcome“ – Das Konzept der Erstinformation im Kanton Basel-Stadt	80
3. Forderungen an die Migranten als Pendant zu den behördlichen Verpflichtungen	82
a. Die einzelnen Integrationsforderungen.....	82
aa. Respektierung der Rechtsordnung und der grundlegenden Prinzipien.....	82
(1) Strafrechtlicher Leumund.....	83
(2) Betreibungsrechtlicher Leumund	83
(3) Bekennen zu den demokratischen Institutionen und den Werten der Verfassung.....	84
(4) Der „ordre public“	86
bb. Sprachkenntnisse	87
(1) Die Bedeutung der Sprache im Integrationsprozess	87
(2) Spracherwerb als Schlüssel zur Integration?.....	88
(3) Einschränkungen in Bezug auf das Erfordernis des Spracherwerbs	90
(4) Die Beurteilung von Sprachkenntnissen anhand von „FIDE“ – Das neue Rahmenkonzept des Bundes zur Sprachförderung	91
cc. Teilnahme am Wirtschaftsleben und/oder Erwerb von Bildung	92
dd. Auseinandersetzung mit den hiesigen Lebensbedingungen	94
b. Rechtsgleiche Anwendung von Integrationsanforderungen	96
c. Notwendigkeit einer Gesamtbeurteilung der Integrationsanforderungen	98
4. Fazit	99
5. Das Instrument der Integrationsvereinbarung: Förderungs- oder Forderungsinstrument?	102
a. Problembehandlung eines kontroversen Instruments	103
b. Beteiligte Parteien und Geltungsbereich	104
c. Inhalt und Zielsetzung	106
aa. Massnahmen zur Behebung eines Integrationsdefizits oder zur Verminderung des Risikos eines schwierigen Integrationsverlaufs	106
(1) Vorliegen eines Defizits oder eines Risikos.....	106
(2) Massnahmen.....	107
bb. Speziell: Inhalt von Integrationsvereinbarungen mit religiösen Betreuungs- oder Lehrpersonen.....	108
d. Erfüllung und Nichterfüllung der Vereinbarung – Rechtsfolgen ...	109
aa. Erfüllung der Vereinbarung.....	109

bb. Nichterfüllung der Vereinbarung	110
e. Die Integrationsvereinbarung als verwaltungsrechtliches Handlungsinstrument.....	112
aa. Die Integrationsvereinbarung als verwaltungsrechtlicher Vertrag?	112
bb. Die Integrationsvereinbarung als Verfügung?.....	114
cc. Fazit	117
f. Rechtliche Problemfelder und kritische Anmerkungen.....	119
aa. Kritik an den rechtlichen Grundlagen	119
bb. Vereinbarkeit angeordneter Massnahmen mit dem Recht auf persönliche Freiheit?	123
cc. Vereinbarkeit der Anwendung von Integrationsvereinbarungen mit dem Rechtsgleichheitsgebot?	128
dd. Verhältnismässigkeit der Rechtsfolgen bei Nichterfüllung?	131
g. Die Integrationsvereinbarung gemäss Revisionsentwurf des AuG	134
h. Im Besonderen: Bestandsaufnahme – Integrationsvereinbarungen im Kanton Basel-Stadt.....	136
aa. Rechtliche Grundlagen	136
bb. Die Integrationsvereinbarung als hoheitliche Massnahme.....	138
cc. Praktische Anwendung	139
i. Fazit: Die Integrationsvereinbarung als Forderungsinstrument	141

C. DAS ERFORDERNIS DER INTEGRATION IM

AUSSLÄNDERRECHTLICHEN BEWILLIGUNGSVERFAHREN. 145

I. Ausländerrechtliche Bewilligungsarten	145
1. Die Kurzaufenthaltsbewilligung	145
2. Die Aufenthaltsbewilligung	147
3. Die Niederlassungsbewilligung	148
II. Auswirkungen des dualen Zulassungssystems	149
1. Anspruch auf Aufenthalt und fehlende Integrationsanforderungen für EU-/EFTA-Angehörige.....	150
2. Aufenthalt nach Ermessen und Integration als Kriterium ausländerrechtlicher Entscheide bei Drittstaatsangehörigen	152
III. Zulassung von (erwerbstätigen) Ausländern sowie Erteilung und Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung	153
1. Der Rechtsanspruch gemäss FZA.....	153
2. Der Ermessensentscheid gemäss AuG.....	154
a. Persönliche Voraussetzungen für die Zulassung und Erteilung der Bewilligung	154
aa. Beschränkung auf Führungskräfte, Spezialisten und qualifizierte Arbeitskräfte.....	154
bb. Die einzelnen Voraussetzungen für die Prognose einer nachhaltigen Integration	156
(1) Berufliche Qualifikation und berufliche Anpassungsfähigkeit	157

(2) Soziale Anpassungsfähigkeit.....	157
(3) Sprachkenntnisse.....	157
(4) Alter.....	158
(5) Fazit.....	159
cc. Gleichbehandlung von vorläufig anwesenden Drittstaatsangehörigen?	159
dd. Differenzierung innerhalb der Gruppe der Drittstaatsangehörigen?	160
b. Zweckgebundenheit und Bedingungsabhängigkeit der Bewilligung	161
IV. Erteilung der Niederlassungsbewilligung	162
1. Sofortige Erteilung.....	162
2. Erteilung nach fünfjährigem Aufenthalt	163
3. Erteilung nach zehnjährigem Aufenthalt	164
a. Integrationserfordernis.....	164
b. Integrationsprüfung	165
4. Vorzeitige Erteilung bei erfolgreicher Integration.....	166
a. Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration.....	167
aa. Sprachkenntnisse auf Niveau A2 des GER	167
bb. Respektierung der rechtsstaatlichen Ordnung und der Werte der BV.....	169
cc. Wille zur Teilnahme am Wirtschaftsleben und zum Erwerb von Bildung	169
b. Persönlicher Geltungsbereich des Integrationserfordernisses	170
V. Zulassung im Rahmen des Familiennachzugs.....	171
1. Der völker- und verfassungsrechtliche Anspruch.....	172
2. Rechtliche Grundlagen und Modalitäten des Familiennachzugs.....	175
a. Der Familiennachzug nach FZA.....	175
b. Der Familiennachzug nach AuG	179
aa. Der Anspruch auf Nachzug Angehöriger von Schweizern oder von Niedergelassenen.....	179
bb. Der Ermessensentscheid über den Nachzug Angehöriger von Aufenthaltern bzw. Kurzaufenthaltern	181
cc. Inländerdiskriminierung durch duales Zulassungssystem.....	182
3. Die Geltung der Integration beim Familiennachzug nach AuG	184
a. Die Integration als Voraussetzung.....	185
aa. Bleiberecht nach Auflösung der Familiengemeinschaft.....	185
(1) Bleiberecht aufgrund erfolgreicher Integration.....	185
(2) Bleiberecht aufgrund erlebter ehelicher Gewalt.....	188
(3) Bleiberecht aufgrund gefährdeter Wiedereingliederung im Herkunftsland.....	192
(4) Bleiberecht aufgrund anderer Härtefälle	193
bb. Abschluss einer Integrationsvereinbarung	195
cc. Ausschluss von Widerrufsgründen.....	196

dd. Das neue Spracherfordernis beim Familiennachzug gemäss Revisionsentwurf des AuG	197
(1) Modalitäten des Spracherfordernisses	197
(2) Ausnahme vom Erfordernis des Sprachnachweises	197
(3) Praktische Schwierigkeiten und Grundrechtskonformität ..	198
b. Förderung der Integration im Rahmen des Familiennachzugs	199
aa. Festlegung von Altersgrenzen und Fristen	199
bb. Anspruch auf sofortige Erteilung der Niederlassungsbewilligung für nachgezogene Kinder	201
VI. Zulassung im Rahmen eines Härtefalls	202
1. Die Härtefallregelung gemäss AuG	203
a. Die einzelnen Integrationskriterien zur Berücksichtigung eines schwerwiegenden persönlichen Härtefalls	203
aa. Respektierung der Rechtsordnung	204
bb. Finanzielle Verhältnisse und Wille zur Teilnahme am Wirtschaftsleben	205
cc. Dauer der Anwesenheit in der Schweiz und Familienverhältnisse	206
b. Berücksichtigung eines Härtefalls aufgrund wichtiger öffentlicher Interessen	208
2. Die Härtefallregelung gemäss AsylG	209
VII. Zulassung von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen	210
1. Begriffserklärungen und Notwendigkeit der Integration	210
2. Integrationsverpflichtungen	212
3. Förderung der Integration	213
a. Förderung der beruflichen Integration durch Anspruch auf Erwerbstätigkeit	213
b. Förderung der sozialen Integration durch Anspruch auf Familiennachzug	213
c. Anspruch auf Erteilung der Niederlassungsbewilligung bzw. Beendigung der vorläufigen Aufnahme und Erteilung der Aufenthaltsbewilligung	215
VIII. Beendigung des Aufenthalts	216
1. Unterscheidung Nichtverlängerung und Widerruf	217
2. Widerruf und Nichtverlängerung von Bewilligungen nach FZA	217
a. Aufgrund von Straffälligkeit, sofern ein hinreichendes Rückfallrisiko besteht	217
b. Aufgrund von Sozialhilfeabhängigkeit	221
3. Widerruf und Nichtverlängerung von Bewilligungen nach AuG	223
a. Aufgrund von Straffälligkeit	223
b. Aufgrund einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	225
aa. Gefährdung der öffentlichen Sicherheit	226

bb. Gefährdung der öffentlichen Ordnung	227
c. Aufgrund von Sozialhilfeabhängigkeit.....	228
d. Aufgrund Nichteinhaltens einer Bedingung	230
4. Exkurs: Eidgenössische Volksinitiative „für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)“	231
a. Inhalt der Initiative	231
b. Verletzung von Verfassungsrecht und internationalen Abkommen	233
c. Probleme der Umsetzung und Auswirkungen auf die gängige Migrations- und Integrationspolitik	234

D. DAS ERFORDERNIS DER INTEGRATION IM EINBÜRGERUNGSVERFAHREN.....	239
I. Die Einbürgerungsarten	239
1. Die erleichterte Einbürgerung.....	239
2. Die Wiedereinbürgerung.....	240
3. Die ordentliche Einbürgerung.....	241
II. Formelle und materielle Einbürgerungsvoraussetzungen und Auslegung der Kriterien	244
1. Die formellen Voraussetzungen bei der ordentlichen Einbürgerung.....	244
a. Aktuelle Rechtslage	244
b. Revision des BÜG	245
2. Die materiellen Voraussetzungen bei der ordentlichen Einbürgerung	246
a. Aktuelle Rechtslage	246
aa. Eingliederung in die schweizerischen Verhältnisse	248
(1) Wirtschaftliche Eingliederung.....	249
(2) Soziale Eingliederung	249
bb. Vertrautsein mit den schweizerischen Lebensverhältnissen	251
cc. Beachtung der schweizerischen Rechtsordnung	253
(1) Strafrechtlicher Leumund.....	253
(2) Beachtung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.....	254
(3) Respektierung der grundlegenden Prinzipien der Bundesverfassung.....	255
dd. Nichtgefährdung der inneren und äusseren Sicherheit der Schweiz.....	256
ee. Verständigung in einer Landessprache – Das Spracherfordernis im Einbürgerungsverfahren	258
(1) Überprüfungsinstrumente.....	258
(2) Gefordertes Sprachniveau	261
(3) Das Rahmenkonzept für den Nachweis der sprachlichen Kommunikationsfähigkeit im Hinblick auf die Einbürgerung.....	263
b. Revision des BÜG	264
3. Die Voraussetzungen bei der erleichterten Einbürgerung und bei der Wiedereinbürgerung	266

a. Formelle Voraussetzungen	266
b. Materielle Voraussetzungen	267
4. Im Besonderen: Die Einbürgerungsvoraussetzungen im Kanton Basel-Stadt und Vergleich mit den Anforderungen auf Bundesebene	270
5. Fazit	274
E. GRENZEN VON BEWILLIGUNGS- UND EINBÜRGERUNGSENTSCHEIDEN UND VERGLEICH DER INTEGRATIONSANFORDERUNGEN.....	277
I. Die Rechtmässigkeit des Bewilligungswiderrufs oder der Nichtverlängerung	277
1. Völker- und verfassungsrechtliche Garantien.....	277
a. Verfahrensgarantien.....	277
b. Rückschiebungsverbot.....	278
c. Recht auf Verbleib im eigenen Land.....	279
d. Recht auf Schutz des Familienlebens	281
e. Recht auf Schutz des Privatlebens	283
2. Die Interessenabwägung im Einzelfall – Das Ermessen der Behörden und Beachtung des Verhältnismässigkeitsprinzips.....	285
a. Die pflichtgemässe Ermessensausübung	285
b. Das allgemeine Verhältnismässigkeitsgebot	286
c. Die Interessenabwägung aufgrund des Landesrechts	287
aa. Die öffentlichen Interessen	288
(1) Straffälligkeit und Rückfallgefahr.....	289
(2) Verschuldeter Sozialhilfebezug.....	292
(3) Mutwillige “Schuldenmacherei”	293
bb. Die persönlichen Verhältnisse	294
(1) Aufenthaltsdauer und Alter	295
(2) Berufliche Qualifikation und finanzielle Verhältnisse.....	295
(3) Persönliche Beziehungen zur Schweiz.....	296
(4) Zumutbarkeit der Rückkehr	296
cc. Der Integrationsgrad	298
d. Die Interessenabwägung aufgrund des Völkerrechts	299
e. Die Interessenabwägung: Eine Frage des Ermessens oder der Verhältnismässigkeit?.....	301
aa. Relevanz der Unterscheidung.....	301
bb. Historische Überlegungen	302
cc. Auslegung von unbestimmten Rechtsbegriffen als Rechtsfrage	304
dd. Fazit	304
II. Die Rechtmässigkeit des Nichteinbürgerungsentscheids.....	306
1. Verfahrensgarantien – insbesondere Anspruch auf Begründung eines negativen Einbürgerungsentscheids.....	306
2. Recht auf rechtsgleiche und diskriminierungsfreie Behandlung	309
a. Diskriminierung wegen der Herkunft.....	310

b. Diskriminierung wegen der Religionszugehörigkeit	311
c. Diskriminierung wegen Bedürftigkeit	313
3. Schutz der Privatsphäre versus Abstimmungsfreiheit	314
III. Der Rechtsschutz bei Bewilligungs- und Einbürgerungsentscheiden ..	316
1. Der Rechtsschutz im ausländerrechtlichen Bewilligungsverfahren	316
a. Rechtsweg	316
b. Zulässige Rügen	318
2. Der Rechtsschutz im Einbürgerungsverfahren	318
a. Im ordentlichen Verfahren	318
aa. Rechtsweg	318
bb. Zulässige Rügen	319
(1) Rechtskontrolle	319
(2) Zulassung der Willkürzüge	320
cc. Verbesserung des Rechtsschutzes	321
dd. Einbürgerungsentscheide durch das Volk und Kritik an den Volksentscheiden	322
b. Im erleichterten Einbürgerungsverfahren und bei der Wiedereinbürgerung	325
IV. Vergleich der Integrationsanforderungen	325
1. Gegenüberstellung anhand der Grundanforderungen der Integration ..	326
a. Zulassung von erwerbstätigen Ausländern und Erteilung der Aufenthaltsbewilligung	327
b. Erteilung oder Verlängerung einer Aufenthaltsbewilligung nach Auflösung der Familiengemeinschaft	327
c. Erteilung oder Verlängerung einer Aufenthaltsbewilligung aufgrund eines Härtefalls	328
d. Gewöhnliche und vorzeitige Erteilung der Niederlassungsbewilligung	328
e. Ordentliche Einbürgerung	329
f. Zusammenstellung: Vergleich der Integrationskriterien	330
2. Systematisch aufgebaute Integrationskriterien?	331
3. Fazit	332
F. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND AUSBLICK	334
I. Schlussfolgerungen	334
1. Integration betrifft alle – eingefordert wird sie aber nur von bestimmten Migranten	334
2. Eine Gesamtbeurteilung ist notwendig	335
3. Integrationsbestimmungen sind unbestimmt und folgen keinem Gesamtkonzept	336
4. Integrationsanforderungen haben Grenzen	337
II. Ausblick	337
1. Revision des Ausländer- und Bürgerrechtsgesetzes – Konkretisierung und Verschärfung der Integrationserfordernisse	337
2. Fokussierung auf die Integration von EU-/EFTA-Angehörigen	338

3. Harmonisierung des Einbürgerungsverfahrens und erleichterte Einbürgerung für die zweite und dritte Generation	339
III. Gesamtwürdigung	340
 Anhang	 343
Unterschiedliche Rechte im Inland gemäss FZA und AuG	343
Musterbeispiel einer Integrationsvereinbarung	345
Die Integrationsvereinbarung: Handlungsform – Freiwilligkeit – Rechtsfolgen ..	348
GER: Raster zur Selbstbeurteilung.....	349